

Positionspapier AG „Innovatives Lernen“

- Entwurf (Stand 02.08.2013) -

1. Zielsetzungen

Primäres Ziel ist die Sicherung eines qualitativ hochwertigen, gut erreichbaren, flächendeckenden, und bedarfsorientierten Bildungsangebotes, das ein lebenslanges Lernen ermöglicht und maßgeblich zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Region als Wohn-, Arbeits- und Lebensstandort beiträgt. Dabei ist die Wirtschaftlichkeit, insbesondere das Verhältnis von Unterhalts- zu Mobilitätskosten, zu beachten. Ferner ist zu berücksichtigen, dass eine Schließung von Schulstandorten negative Auswirkungen auf das soziale und kulturelle Umfeld der Städte hätte, bspw. das Vereinsleben, Arbeitsgemeinschaften, Feuerwehr sowie Patenschaften, und auf die Attraktivität der Städte als Wohnstandort.

Im Primärbereich haben Ortsnähe und Erreichbarkeit eine sehr hohe Bedeutung, deshalb sollen flächendeckend möglichst viele Grundschulstandorte mit guter Erreichbarkeit in der Region erhalten werden.

Im Sekundärbereich hat die Unterrichts- und Ausbildungsqualität höchste Priorität. Es sind deshalb alle Möglichkeiten auszuschöpfen, eine hohe Ausbildungsqualität und gute Erreichbarkeitswerte zu verbinden. Für eine Heranführung der Jugendlichen an das Berufsleben sind eine Kooperation mit berufsbildenden Schulen und ausbildenden Unternehmen zu suchen und Chancen für die Sicherung des Berufsschulstandortes in Lübbenau/Spreewald zu prüfen. Ziel ist es, die Sensibilität der Schüler für wirtschaftliche Prozesse zu fördern und ihr Verständnis für politische und gesellschaftliche Abläufe auszubilden. Außerdem sollen Anforderungen der Berufswelt vermittelt werden.

Die Schulen spielen schon jetzt eine große Rolle für das gemeinschaftliche Leben in den Städten. Sie sind in der Region positiv besetzt und sozial intakt. Ziel ist es, die Schulen zu Orten des Lebens und des Lernens zu entwickeln und mit ganztägigen sowie multiprofessionellen Angeboten für das Gemeinwesen zu öffnen. Damit soll auch dem Konzept des lebenslangen Lernens, das Menschen befähigen soll, während ihrer gesamten Lebensspanne eigenständig zu lernen, Rechnung getragen werden.

Wenn die Region Spreewalddreieck nicht aktiv wird, kann es aufgrund der zurückgehenden Schülerzahlen zu einer Zentralisierung von Schulstandorten und Schulschließungen kommen. Bis 2025 sind auf jeden Fall die drei Oberschulstandorte zu erhalten. Danach werden mit dem Eintritt des demografischen Echos die Schülerzahlen noch einmal deutlich absinken.

Das vorliegende Positionspapier fasst den Stand der in der Region geführten Diskussion zusammen, um dieses Ziel vor dem Hintergrund der anstehenden Herausforderungen zu erreichen.

2. Herausforderungen

Prognose der demografischen Entwicklung aus dem Jahr 2011

In den Jahren 2000 bis 2010 sind die Kinder- und Schülerzahlen bereits erheblich gesunken. Als Folge sind zahlreiche Schulstandorte in einer ersten Welle geschlossen worden, wie bspw. die Gymnasien in Calau oder Vetschau/Spreewald. Auch sind Kleinschulen entstanden, die am Rande von Mindestklassengrößen operieren.

Die Kinder- und Schülerzahlen werden in der Region Spreewalddreieck in den Jahren 2011 bis 2030 weiter zurückgehen. Im Primarbereich (Altersgruppe 6 bis 12 Jahre) wird es bis 2025 einen leichten Anstieg der Schülerzahlen um 3,2 % geben, bevor die Schülerzahlen bis 2030 im Vergleich zum Ausgangsjahr 2011 stark zurückgehen (-13,9 %). Ähnlich verhält es sich im Sekundarbereich (Altersgruppe 12 bis 16 Jahre). Auch hier ist von 2011 bis 2025 mit einem Anstieg der Schülerzahlen um 5,1 % zu rechnen, ab 2025 ist jedoch ein Rückgang um -3,9 % zu erwarten. Diese Rückgänge können zwar zunächst durch das aktuelle Schulnetz aufgefangen werden, aber bei einem fortschreitenden Bevölkerungsrückgang wird das vorhandene Schulnetz in der dünn besiedelten Region spätestens mit dem Eintritt des demografischen Echos voraussichtlich ab 2025 nach derzeitigen Maßstäben nicht mehr aufrechtzuerhalten sein.

Demgegenüber steht eine Zunahme der Menschen im Rentenalter (Altersgruppe 65 Jahre und älter) bis 2030. Während es in der Altersgruppe von 65 bis 80 Jahre von 2011 bis 2013 einen Anstieg von 1,1 % geben wird, wird es bei den Hochbetagten (80 Jahre und Älter) von 2011 bis 2030 eine Zunahme um 57,6 % geben. Auch hier sind entsprechende Angebote in der Erwachsenenbildung vorzusehen.

Inklusion

Die Schulen in der Region stehen vor der Aufgabe, Kinder und Jugendliche mit Behinderungen oder sonderpädagogischen Förderbedarfen in das allgemeine Bildungssystem einzubinden und damit das gemeinsame zieldifferenzierte Lernen von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Behinderung in der allgemeinen Schule zu ermöglichen. Inklusion kann durchaus bei ausreichender Lehrerquote für die Schulen ein Stabilitätsfaktor darstellen, u. a. ist als Voraussetzung für die Inklusion eine wohnortnahe Beschulung im ländlichen Raum erforderlich. Des Weiteren wird durch zusätzliches Personal in den Klassen die Qualität des Lernens allgemein verbessert.

Der Expertenkreis „Inklusive Bildung“ der Deutschen UNESCO-Kommission berät seit 2011 Regionen zur Umsetzung inklusiver Bildung. Der Landkreis Oberspreewald-Lausitz wurde aus fast 30 Bewerbern ausgewählt.

Fachkräftemangel

Die berlinferne Lage der Region Spreewalddreieck erfordert besondere Anstrengungen zur aktuellen und perspektivischen Fachkräftesicherung. Bereits jetzt macht sich ein Fachkräftemangel als Folge des Geburteneinbruchs nach der Wende bemerkbar, der sich in Zukunft aufgrund der rückläufigen Bevölkerungsentwicklung weiter verstärken wird. Die Oberschulen sind in Kooperation mit regionalen Ausbildungsbetrieben gefordert, darauf zu reagieren, um künftig möglichst viele Schülerinnen und Schüler für eine Ausbildung in der Region zu gewinnen und zu befähigen.

gen. Dies kann bspw. durch die weitere Ausgestaltung des Dialogs und der Kooperation zwischen Schulen und Wirtschaft, entsprechend den spezifischen Bedingungen der Region, erfolgen.

3. Lösungsansätze

Mögliche Lösungsansätze variieren zwischen weiteren Schulschließungen oder aber die Entwicklung neuer Modelle zur Organisation des Schulbetriebes, um den Erhalt der drei Oberschulstandorte und des Gymnasiums zu sichern.

Erhalt der Oberschulen durch stärkere Kooperation

Ohne eine gemeinsame Strategie der drei Städte bei der Entwicklung der Schullandschaft in der Region kann es zu einer Zentralisierung der Oberschulstandorte und Schulschließungen kommen.

Der Erhalt der Oberschulen kann dazu beitragen ein wohnortnahes Bildungsangebot vorzuhalten, das unter einem zumutbaren Zeitaufwand erreicht werden kann. Dazu wird jedoch eine regionale Arbeitsteilung im Kursangebot erforderlich sein, da an den einzelnen Schulen ansonsten aufgrund ihrer Größe nur ein begrenztes Angebot an Kursen möglich wäre. Gleichzeitig wird durch den Erhalt der Oberschulen das soziale und kulturelle Leben der drei Städte gestärkt.

Profilierung der Oberschulen

Die Oberschulen umfassen die Jahrgangsstufen 7 bis 10, vermitteln eine grundlegende und erweiterte allgemeine Bildung und umfassen den Bildungsgang zum Erwerb des erweiterten Hauptschulabschlusses/der erweiterten Berufsbildungsreife (EBR) und den Bildungsgang zum Erwerb des Realschulabschlusses/der Fachoberschulreife (FOR). Bei entsprechenden Leistungen wird an der Oberschule die Berechtigung zum Besuch der gymnasialen Oberstufe (FORQ) vergeben.

Die Schulen sollten ihr Profil mit den Potenzialen stärken, die sie in ihrer Umgebung vorfinden und auf diese Weise ihrem Standort und der Region positive Impulse zurückgeben. Sie sollten Alleinstellungsmerkmale hervorheben und eigene Schwerpunkte setzen, auch in Abgrenzung zum Gymnasium. Kernelement der Stärkung der Oberschulen sollte die Konzentration auf ausgewählte Fächer (Spezialisierung) zur Vermeidung von Parallelausbildungen sein. Vorgeschlagen wird eine Arbeitsteilung der drei Städte im Kursangebot, bspw. in den Naturwissenschaften oder Fremdsprachen. Des Weiteren sind die offenen Ganztagsangebote weiter auszubauen.

Kooperation Grundschulen/Oberschulen (Schulverbünde)

Es wird eine engere Zusammenarbeit von Grund- und Oberschulen angestrebt. Dazu wird die Bildung von Schulverbänden vorgeschlagen, die eine enge Zusammenarbeit der Schulen untereinander auf den verschiedensten Gebieten zulassen. Bei dieser Form der Kooperation würden vorhandenen Ressourcen (zum Beispiel Lehrpersonal, Verwaltung, Förderangebote, Ganztagsbetrieb) gemeinsam genutzt. Dazu gehören u. a. die gegenseitige Abordnung von Lehrkräften so-

wie eine intensive Absprache zu einzelnen Fächern. Durch Schulverbünde können kleinere Schulbeziehungsweise Bildungsstandorte erhalten werden. Eine Oberschule im Verbund mit einer Grundschule verfügt über ein größeres Lehrerkollegium (Lehrerpool) und kann Lehrerausfälle besser kompensieren. Schulverbünde sind für alle Schulstufen und -formen anwendbar. Die Möglichkeiten ihrer organisatorischen und rechtlichen Ausgestaltung sind vielfältig. Hier ist eine rechtliche Vereinfachung herbeizuführen.

Ergänzend zu den Schulverbänden ist eine enge Kooperation zwischen den Oberschulen sinnvoll.

Gemeinschaftsschule als Schule von Klasse 1 bis 10

Die Einrichtung von Gemeinschaftsschulen kann dazu beitragen, Schulstandorte bei rückläufigen Schülerzahlen zu sichern. Unter einer Gemeinschaftsschule wird ein struktureller Zusammenschluss von Schulen verstanden, in dem Kinder und Jugendliche vom 1. bis zum 10. Schuljahr gemeinsam unterrichtet werden. Sie ist, vergleichbar mit der Gesamtschule, eine schulformverbindende Alternative der Primar- und Sekundarstufe zu dem bestehenden, die Schüler trennenden Schulsystem.

Schulalltag und Unterricht an kleinen Schulen

Der Erhalt von Schulstandorten kann durch die Umgestaltung von Schulalltag und Unterricht ermöglicht werden. Das betrifft insbesondere die Unterschreitung von Mindestklassenstärken und Mindestzügigkeit. Im Rahmen von Schulverbänden und Kooperationen besteht die Möglichkeit, auch bei einzügig zu organisierenden Oberschulen ein leistungsfähiges Bildungsangebot vorzuhalten. Zudem verfügen alle drei Schulstandorte aufgrund getätigter Investitionen über die erforderliche technische Ausstattung. Weitere Möglichkeiten den Schulalltag bei sinkenden Schülerzahlen neu zu organisieren, die bereits in mehreren Ländern oder Schulformen genutzt werden, sind jahrgangübergreifender Unterricht und eine flexible Schuleingangsphase.

Rolle des Gymnasiums

Im Zuge des Rückgangs der Schülerzahlen sollte auch die Rolle des Gymnasiums in Lübbenau/Spreewald in die Diskussion einbezogen werden. Dies betrifft bspw. eine mögliche Reduzierung der Zügigkeit, wenn die Zahl der Schüler zurückgeht. Derzeit ist das Gymnasium 4-zügig. In absehbarer Zeit sollten keine Begabtenklassen ab Klasse 5 mehr gebildet werden, um auch die Grundschulen und Oberschulen im Bestand zu schützen. Zudem werden ab Klasse 7 alle Schülerinnen und Schüler gleich beschult.

Kooperation mit außerschulischen Partnern (Kita, Musikschulen, VHS)

Die Schulentwicklungsplanung muss im Gesamtkontext der regionalen Entwicklung verortet sein und mit den kommunalen Fachplanungen verknüpft werden (zum Beispiel der Schülerbeförderung, frühkindlichen Bildung, Kinder- und Jugendarbeit). Durch die Kooperation mit außerschulischen Partnern kann Schule als Ort der Bildung und Erziehung gestärkt werden, indem dort zum

Beispiel Träger der Jugendarbeit und Vereine ihre Angebote vorhalten und Kulturarbeit zum Beispiel durch Musikschulen sowie Elternbildung stattfinden kann. Der Ausbau von Ganztageschulen bietet dafür gute Voraussetzungen.

Qualifizierung und Verstetigung der Aktivitäten im Bereich Schule/Wirtschaft

Wichtig ist die weitere Stärkung der Zusammenarbeit mit Wirtschaftsunternehmen und Betrieben. Solche Kooperationen dienen der Berufsvorbereitung von Jugendlichen. So kann Jugendlichen bei der Berufswahlorientierung geholfen und verschiedene Entwicklungsperspektiven nach dem Schulabgang aufgezeigt werden. Sinnvoll sind langfristig angelegte Kooperationen, die in den Schulunterricht integriert werden. So genannte „Lernpartnerschaften“ zwischen Unternehmen und Schulen ermöglichen Lehrern die Gestaltung eines praxisnahen Unterrichts. Auch die Durchführung von Unternehmertagen in den Schulen sowie Praktika in den Unternehmen sind zu unterstützen. Dabei sind auch das Handwerk und die Landwirtschaft mit einzubeziehen.

Anforderungen an die Inklusion

Zur Erprobung und Weiterentwicklung des gemeinsamen Unterrichts von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderung als Teilbereich einer inklusiven Pädagogik sind weitere Modellprojekte in der Region erforderlich. Insbesondere kleine wohnortnahe Schulstandorte sind dafür geeignet. Im Sekundarbereich I ist der Erhalt der drei Oberschulstandorte wegen der Inklusion standortnah notwendig.

IT-unterstützte Lernangebote

Auch IT-unterstützte Lernangebote können eine Lösung sein, wenn die Schülerzahlen sinken und Mindestklassengrößen unterschritten werden. Bei dieser Methode können mit Hilfe des Internets Kinder einer Klasse durch das Lehrpersonal unterrichtet werden, ohne dass sie sich alle an einem bestimmten Standort in der Region aufhalten müssen.

4. Ausblick

Kommune

Grundschulstandorte sind in den drei Städten Calau, Lübbenau/Spreewald und Vetschau/Spreewald als gesichert anzusehen.

Die Umsetzung des Ziels, die Oberschulstandorte in den drei Kommunen zu erhalten, ist nur möglich, wenn sich alle stadtpolitisch Verantwortlichen ohne Vorbehalte dafür einsetzen. Im Ergebnis können sich für die Städte einige Vorzüge ergeben:

- Wohnortnähe und gute Erreichbarkeit,
- bei Oberschulen mit Grundschulanteil (Gemeinschaftsschulen) ist eine periodische Einzügigkeit realisierbar,
- Inklusion ist standortnah möglich,
- Oberschule in Verbund mit Grundschule verfügt über größeres Lehrerkollegium und kann Lehrerausfälle besser kompensieren,

- kleine Schulen bieten Raum für Individualität.

Dazu ist jedoch eine regionale Arbeitsteilung zwischen den Schulen erforderlich, bspw. in Bezug auf Sprachschwerpunkte und Kursangebote, dies würde den Fall kompensieren, dass an den einzelnen Schulen nur ein beschränktes Angebot an Kursen möglich wäre.

Zur Konkretisierung der Schulentwicklungsplanung des Landkreises sollte ein Bildungsbericht entwickelt werden, der in Ergänzung zum Schulentwicklungsplan die Qualitäten der Ausbildung für Kinder und Jugendlichen im Mittelbereich definiert.

Auch ist über die Einrichtung eines Schulzweckverbandes nachzudenken, über den die Schulen gemeinsam verwaltet werden könnten.

Bund/Länder

Für die Schulbildung sollten seitens des Landes weiterhin klare Qualitätskriterien zentral vorgegeben werden. Die Entscheidung über die konkrete Organisation der Schulbildung zur Erreichung der Ziele sollte aber wesentlich stärker als bisher vor Ort unter Beteiligung der Akteure des Bildungswesens, der Kommunen und der Eltern getroffen werden. Dazu ist eine weitere Stärkung der schulischen Selbstständigkeit und Eigenverantwortlichkeit erforderlich. Der dezentrale Handlungsspielraum sollte durch die Rahmenbedingungen (Schulgesetzgebung und Schulentwicklungsplanung) offengehalten werden.

Für die Umsetzung eigenständiger, regional angepasster Lösungen bedarf es aber einer Beratung für die Akteure vor Ort. Denkbar ist auch eine Unterstützung durch die Bildungsverwaltungen der Länder und Kreise.

Die Weiterentwicklung der Gemeinschaftsschulen von Klasse 1 bis 10 ist stark von den Aktivitäten des Landes Brandenburg abhängig. Es ist diesbezüglich das Gespräch zwischen den betreffenden Schulen und dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg zu suchen, um verbindlichere Formen der Zusammenarbeit der Oberschulen mit den Grundschulen zu ermöglichen.